



POLICY PAPER

Herkunftssprachen in der EU: Förderung oder Diskriminierung?

Zusammenfassung

In einer Europäischen Union, die das Motto „In Vielfalt geeint“ verbindet, sind Sprachen unmittelbarer Ausdruck kultureller Identität. Die sprachliche Vielfalt stellt einen Grundwert der Europäischen Union dar. Gemäß Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union achtet die Union „den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt“ (Charta der Grundrechte der EU).

Im folgenden Text werden die ambitionierten Ziele der EU auf den Prüfstand gestellt und Lösungsvorschläge für die Herausbildung des Sprachenbewusstseins an Schulen werden hervorgehoben. Dabei geht es vornehmlich um das Image von Sprachenvielfalt, die Kommunikation von Bildungsangeboten sowie die Zusammenarbeit mit Eltern und Lernenden.

Einleitung

Part Of Europe versteht sich als Katalysator für den sozialen Wandel und die Einhaltung der europäischen und nationalen Grundrechte der EU-Bürger*innen in Deutschland und Europa.

Am 21.02.2022 luden wir zur Online-Diskussion anlässlich des Internationalen Tages der Muttersprache ein und diskutierten zum Thema „Herkunftssprachen in der EU: Förderung oder Diskriminierung?“. An der Diskussion beteiligten sich: Prof. Dr. Waldemar

Martyniuk (Jagiellonen-Universität Krakau, 2008-2013 Exekutivdirektor am Europäischen Fremdsprachenzentrum (EFSZ) des Europarats), Dr. Anna Mróz (BEFaN-Netzwerk), Katarina Niewiedzial (Beauftragte des Senats Berlin für Integration, Polonia-Beauftragte), Rafal Bartek (Vorsitzender des Parlaments der Woiwodschaft Oppeln, Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen (SKGD) im Opperler Schlesien), Jakub Wawrzyniak (Generalkonsul der Republik Polen in Köln), Dr. Bernd Fabritius (Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten), Krzysztof Blau (Vorsitzender der DPG Sachsen-Anhalt, EUMigra, Part Of Europe), Katarzyna Werth (Mitglied des Beirates Metropolregion Stettin, Part Of Europe), Kamilla Schöll-Mazurek (Polnischer Sozialrat, Part of Europe) und Dr. Magdalena Tellus (Universität des Saarlandes). Die Diskussion wurde moderiert von Joanna Szymanska (Part Of Europe & Info-Forum in NRW).

Thesen

Die zwei wichtigsten zwischenstaatlichen Organisationen in Europa – der Europarat und die Europäische Union – teilen die Überzeugung, dass die europäische Sprachenvielfalt ein wertvolles Kulturgut darstellt. Davon zeugen mehrere strategische Dokumente, Resolutionen, Empfehlungen und Traktate, die in den letzten Jahren von den Gremien der beiden Organisationen mit Zustimmung aller beteiligten Partnerstaaten angenommen wurden.

Prinzipien und die strategischen Ziele der europäischen Sprachenpolitik:

- Förderung der sprachlichen Vielfalt: Pflege, Unterstützung und Schutz jeder einzelnen Sprache, die als wertvolles Kulturgut angesehen wird;
- Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs, der auf der gegenseitigen Anerkennung und Wertschätzung von

unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Weltanschauungen baut;

- Förderung der Teilnahme an demokratischen Prozessen, die durch adäquat entwickelte mehrsprachige Kompetenzen der einzelnen Bürger*innen unterstützt wird;
- Förderung des sozialen Zusammenhalts – verstanden als Sicherung der Chancengleichheit für persönliche Entwicklung, Ausbildung, Beschäftigung, Mobilität und Zugang zur Information, die stark von sprachlichen Kompetenzen der einzelnen Bürger*innen abhängig ist;
- Anerkennung der Bedeutung von sprachlichen Kompetenzen und Qualifikationen für die wirtschaftliche Entwicklung.

Voraussetzungen

- Alle Mitgliedstaaten haben anerkannt, dass es notwendig ist, die Mehrsprachigkeit zu verbessern und die Mehrsprachenkompetenz in der Europäischen Union weiterzuentwickeln;
- Die Mehrsprachenkompetenz zählt zu den Schlüsselkompetenzen, die die Beschäftigungsfähigkeit, die persönliche Entfaltung, das bürgerschaftliche Engagement, interkulturelle Verständigung und die soziale Eingliederung voranbringen können;
- eine bessere Mehrsprachenkompetenz befähigt die Menschen, die vom Binnenmarkt gebotenen Chancen wie beispielsweise die Arbeitnehmerfreizügigkeit besser zu nutzen und besser fundierte Entscheidungen über Chancen in anderen EU-Ländern zu treffen;
- Mehrsprachenkompetenz bietet sowohl Unternehmen als auch Arbeitssuchenden Wettbewerbsvorteile – sofern sie Teil einer breit gefächerten Palette notwendiger Kompetenzen ist; der Erwerb einer besseren Mehrsprachenkompetenz könnte zu einer zunehmenden Mobilität und Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union beitragen;

Lösungsvorschläge

Als förderlich für die Herausbildung des Sprachenbewusstseins an Schulen werden u.a. folgende Aspekte hervorgehoben:

- Eine positive Einstellung zur Sprachenvielfalt kann helfen, ein sprachenfreundliches Umfeld zu schaffen, in dem das Erlernen und Verwenden mehrerer Sprachen als Reichtum und Ressource wahrgenommen wird.
- Die Entwicklung von Sprachenkompetenz und sprachlichem Bewusstsein kann fächerübergreifend in die Lehrpläne aufgenommen werden. Die Integration von Sprachen in andere Unterrichtsfächer ermöglicht ein authentischeres, auf reale Situationen ausgerichtetes Lernen.
- Zwischen der Verwendung von Sprache im Alltag einerseits und in Schulen und Berufsbildungseinrichtungen andererseits lassen sich engere Verbindungen herstellen, indem die zuvor erworbenen Sprachkenntnisse anerkannt werden und indem die Möglichkeit geboten wird, die Mehrsprachenkompetenz, die durch informelles Lernen (beispielsweise im Falle von Lernenden mit Migrations- oder Flüchtlingshintergrund oder zweisprachigem Hintergrund) oder im formalen Schulsystem eines anderen Landes, in dem der oder die Lernende früher gelebt hat, erworben wurde, in die Schulabgangszeugnisse aufzunehmen.
- Der Aufbau von Partnerschaften zwischen Einrichtungen für frühkindliche Bildung und Betreuung und Schulen in Grenzregionen ermutigt Kinder, schon früh die Sprache ihrer Nachbarn zu erlernen; dadurch werden Sprachbarrieren in grenzüberschreitenden Regionen verringert.
- Schulen und Berufsbildungseinrichtungen könnten mit den Eltern zusammenarbeiten, wenn es darum geht, wie sie ihre Kinder beim Erlernen von Sprachen unterstützen können, insbesondere dann, wenn diese mit mehreren Sprachen aufwachsen oder zu

Hause eine andere Sprache als die Unterrichtssprache verwenden.

- Die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern in der Region oder darüber hinaus kann helfen, das Verständnis für die Bedeutung von Mehrsprachenkompetenz im Arbeitsleben zu erhöhen und sicherzustellen, dass erworbene Mehrsprachenkompetenz die Beschäftigungsfähigkeit tatsächlich erhöht.

- In Grenzregionen könnten Anreize für grenzüberschreitende Partnerschaften zwischen Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung geboten werden.¹

Konkrete Gründe für ein entschlossenes Handeln sowie Lösungsvorschläge, die sich in der Diskussion ergeben haben:

- Die jetzige marginale Position des Polnischen ist in Deutschland tradiert und ist Ausdruck einer bestehenden Ost-West-Asymmetrie, beruhend auf sprachlichem Nationalismus, den wir in Europa überwinden wollen.²

- Die Sprache ist ein absolutes soziales Kapital von Migrant_innen. Diese zu fördern geht nur gemeinsam mit den Ländern, nicht nur als bildungspolitisches, sondern als integrationspolitisches Mittel.³

- Wir brauchen ein institutionell verankertes System für ein einheitliches Angebot für Polnisch-Unterricht als Herkunftssprache. Die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz werden nur mäßig umgesetzt.⁴

- Förderung der Mehrsprachigkeit ist zwingend erforderlich. Das Erlernen der Zielsprache ist absolut unerlässlich. Die Muttersprache ist Teil der kulturellen Identität. Die Migrant_innen sollten darüber hinaus ermuntert werden, ihre Sprache an

die kommenden Generationen weiterzugeben.⁵

- Wir haben im bilateralen Freundschaftsvertrag eine Gleichstellung der Polonia in Deutschland mit der nationalen Minderheit in Polen und daher wollen wir die Polonia in Deutschland [...] behandeln als wenn Sie eine wäre.⁶

- Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag ist zu eng für die Zugewanderten und deren Herkunftssprache. Hier ist eine Anpassung notwendig.⁷

- Der Begriff „Polonia“ muss dekonstruiert werden. Derzeit werden auch Zugewanderte deutsche Volkszugehörige zur Polonia „fremdzugeschrieben“. ⁸

- Es reicht nicht, Polnisch als Fremdsprache im deutsch-polnischen Grenzraum anzubieten. Vielmehr sollte Polnisch fester Bestandteil des Stundenplans werden.⁹

Organisatoren:

Polnisches Bundesnetzwerk Partizipation und Soziales „PartOfEurope“, EUMigra Sachsen-Anhalt, Info-Forum-Polregio in NRW, Polnischer Sozialrat e.V.



¹ Martyniuk, W. (2021), Polnische Sprache in Deutschland im Lichte europäischer Mehrsprachigkeitspolitik, *Polonus*, Sonderausgabe 2021, KoKoPol, St. Marienthal bei Ostritz

² Telus, Magdalena

³ Niewiedzial, Katarina

⁴ Mróz, Anna

⁵ Fabritius, Bernd

⁶ Fabritius, Bernd

⁷ Schöll-Mazurek, Kamila

⁸ Fabritius, Bernd

⁹ Werth, Katarzyna